

# Wilsdruffer Tageblatt

Versprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Abdrucklich mit Ausnahme der Gewer- und Lehrlingsnachrichte 5 Uhr für den folgenden Tag, Zeitungspreis bei Geschäftsstellen monatlich 1.20 M., durch eigene Handträger zu tragen in der Stadt monatlich 1.00 M., auf dem Lande 1.10 M., durch die Post monatlich 1.20 M., ohne Zustellungsgebühr. Alle Postämter und Poststellen sowie weitere Zusteller und Geschäftsstellen können jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Preise, Krieg oder sonstiger Preisveränderungen bei der Bezugsstellen Änderung auf Lieferung der Zeitung oder Änderung des Zeitungspreises.



Zeitungspreis 50 Pf. für die gewöhnliche Ausgabe oder deren Raum, Leihpreis 20 Pf., Anzeigen 2 Pf. Bei Bezeichnung und Jahreszahlung entfallen die Postgebühren. Zeitungsbestellungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die gewöhnliche Ausgabe 3.00 M., Nachzahlungsbetrag 50 Pf. Anzeigenpreise wie vorerwähnt 10 Uhr. Für die Abgabe der durch den Postamtlichen Angestellten übergebenen Briefe für die Postgebühren entfällt, wenn der Betrag durch Briefe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Anspruch geht.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt  
Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inzeratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 287.

Sonnabend den 11. Dezember 1920.

79. Jahrgang.

## Amtlicher Teil.

### Verordnung

**Zur Ausführung der Verordnung, betreffend Maßnahmen gegen über Betriebsabbrüchen und -stilllegungen von 8. November 1920**  
(Reichsgesetzblatt S. 1901).

**Zu § 1 Absatz 1 Nr. 2.**

Die Anmeldepflicht nach § 1 Absatz 1 Nr. 2 besteht auch dann, wenn die in § 1 Absatz 1 Nr. 2 festgesetzte Mindestzahl von Arbeitnehmern in zeitlichen Zwischenräumen zur Entlassung kommt, sofern nur der ursächliche Zusammenhang mit der ganzen oder teilweisen Nichtbenutzung der Betriebsanlagen besteht. Ob der Arbeitgeber rechtmäßig in der Lage ist, die Arbeitnehmer zu entlassen, bestimmt sich nach den einschlägigen Gesetzen und Verordnungen. Insbesondere werden die in Frage kommenden Vorschriften des Betriebsrätegesetzes und der § 12 der Verordnung vom 12. Februar 1920 (RStBl. S. 218) durch die vorliegende Verordnung nicht berührt.

Unterbrechungen und Einschränkungen in der Betriebsführung, die sich, wie z. B. beim Saisongewerbe durch die Eigenart des Betriebes ergeben, sind ausdrücklich durch § 1 Absatz 1 letzter Satz von der Anmeldepflicht befreit.

Nur teilweise Betriebsstilllegungen, d. h. nicht nur vorübergehende Betriebsstilllegungen von Teilen (Abteilungen) des Betriebes unterliegen der Anmeldepflicht, nicht aber bloße

ohne Stilllegung von Teilen (Abteilungen) des Betriebes, durch Arbeitsverfälschung und dergl. eintretende Betriebs Einschränkungen.

**Zu § 4 Absatz 3 letzter Satz.**

Der Einspruch gegen die Fristverlängerung nach § 4 Absatz 1 Nr. 1 ist bei dem Wirtschaftsministerium, Abteilung für Handel und Gewerbe, zu erheben.

**Zu § 8.**

Die Ausführungsanweisungen sind von dem Reichswirtschaftsminister und dem Reichsarbeitsminister unter dem 8. November 1920 erlassen worden und im Deutschen Reichsanzeiger Nr. 267 vom 24. November 1920 abgedruckt.

Dresden, am 1. Dezember 1920.

1364 F

Das Arbeitsministerium und das Wirtschaftsministerium.  
Feldt. Schwarz.

### Weihnachtsfeier des städtischen Kinderhortes

Sonntag den 12. Dezember 1920 nachmittags 1/2 4 Uhr im Saale des goldenen Löwen in Wilsdruff. Alle Freunde und Gönner aus Stadt und Land sind herzlich eingeladen. Eintritt 1 Mark einschließlich Steuer. Vorverkauf Sonnabend den 11. Dezember in den Kassenstuben und Sonntag den 12. Dezember vormittags 11—12 Uhr in der Stadtkasse. Wilsdruff, am 10. Dezember 1920. Der Stadtrat.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

- \* Der Senat hat für Ober-Sachsen bis zur Abstimmung einen besonderen Antrag gestellt.
- \* Die sächsische Volkshammer wählt den Reichstagsabgeordneten zum Reichstagspräsidenten.
- \* Trotz viermal wiederholter Wahl erreichte keiner der Kandidaten für den Posten des sächsischen Bundespräsidenten die erforderliche Mehrheit.
- \* Präsident Wilson beabsichtigt, den Vertrag von Versailles nochmals dem Kongress zur Genehmigung vorzulegen.
- \* Der Vizepräsident der Vereinigten Staaten in Buenos Aires sprach dem interimistischen Minister des Auswärtigen Argentiniens seinen Glückwunsch für den Schritt der argentinischen Delegation in Genf aus und erklärte, daß die Vereinigten Staaten die Ansicht Argentiniens vollständig teilen.

### Regierungskrisis?

**Die Gefährdung des Kabinetts Fehrenbach.**  
Berlin, 9. Dezember.

Mit einem Schlags hat sich die innerpolitische Lage im Reich äußerst schwierig gestaltet. Ein Rücktritt des Kabinetts Fehrenbach ist ernsthaft in den Bereich der Möglichkeit gerückt. Die Forderungen der Beamten mit ihrem eigenen Anhang von Begleiterscheinungen haben dazu den Anstoß gegeben. Die heutige Reichstags-Sitzung soll Klärung bringen, wenn auch heute noch nicht die Abstimmung das letzte Wort sagen sollte.

Die Grundlage der Beratungen im Reichstage bildet der Regierungsentwurf, der den Beamten einige Aufbesserungen bringt. Der Hauptausfluß hat gewisse Verbesserungen angebracht. Demgegenüber stehen Anträge der Deutschnationalen, der Reichstagssozialisten und der Reichstagsunabhängigen, die alle über die Regierungsvorschläge hinausgehen. Der deutschnationale Antrag will die Teuerungszuschläge allgemein von 50 auf 60 % erhöhen. Die Unabhängigen wollen die Teuerungszuschläge für alle Reichsbeamten auf 10 000 M. festsetzen und die Amderszuschläge neu einheitlich regeln. Der sozialdemokratische Antrag besagt: der Teuerungszuschlag zum Grundgehalt und Ortszuschlag wird mit Wirkung vom 1. Oktober ab bei Grundgehältern bis 100 M. auf 60 % festgesetzt.

Die Anträge der Deutschnationalen und der Reichstagssozialisten kommen praktisch wohl allein in Frage, und es ist möglich, daß die Reichstagssozialisten dem am weitestgehenden Antrag der Deutschnationalen beitreten. Die Regierung lehnt ihn mit aller Entschiedenheit ab. Sie erklärt, die Verantwortung für seine Ausführung nicht auf sich nehmen zu können, sondern Heber zurücktreten zu wollen. Raum weniger bestia ist ihr Widerstand gegen den sozialdemokratischen Antrag, der nur die unteren Gehaltsstufen begünstigt.

Die Annahme des deutschnationalen, aber auch des sozialdemokratischen Antrags müßte, wenn die Regierung beabsichtigt, den Rücktritt der Regierung herbeiführen. Dieser würde eine Krise von vorläufig unübersehbaren Folgen bedeuten, da keinerlei Wahrscheinlichkeiten für eine baldige Reichsregierung des jetzigen Kabinetts zu entdecken sind.

### Die heutige Sitzung des Reichstages.

94. Sitzung. 18. Berlin, 9. Dezember.

Es berichtet Krisenstimmung, und das hat bewirkt, daß die heutige Sitzung erheblich länger dauerte als die letzten. Bei der Tagesordnung stand die zweite Lesung des Gesetzes über die Teuerungszuschläge für die Beamten.

### Teuerungszuschläge für die Beamten.

An den Verhandlungen darüber hatten sich außer dem Reichsfinanzminister der Reichstagsabgeordnete, der Reichsminister des Auswärtigen, der Reichsminister des Innern und einige andere Reichsminister eingefunden.

Der Abg. Goße (Dentz.) berichtete über die Ausschussverhandlungen. Die Beamten wünschten eine Erhöhung der Teuerungszuschläge, die Regierung habe sich aber damit beschränkt, die Erhöhung der Amderszuschläge vorzuschlagen. Der Ausschuss hat die Vorschläge des Regierungsentwurfes erwidert. Danach wird der Teuerungszuschlag zu den Amderszuschlägen mit Wirkung vom 1. Oktober an für die Ortsklassen A auf 150 % festgesetzt, für die Ortsklasse B auf 125 %, für die Ortsklasse C auf 100 % und für die Ortsklassen D und E auf 75 %. Vom gleichen Tage ab erhalten die außerplanmäßigen Beamten, die nur 80 % des vollen Ortszuschlages beziehen, als weitere Teuerungszuschläge die übrigen 20 % des vollen Ortszuschlages und auch hieraus den allgemeinen Teuerungszuschlag von 50 %. Mit diesem Vorschlag des Ausschusses hat sich die Regierung einverstanden erklärt.

### Amdersvorschläge der Parteien.

Demgegenüber beantragen die Sozialdemokraten, daß der Teuerungszuschlag zum Grundgehalt und den Ortszuschlägen mit Wirkung vom 1. Oktober ab bei Grundgehältern bis zu 1000 Mark auf 60 % festgesetzt werden solle. Die Reichstagsunabhängigen beantragen die Teuerungszuschläge für alle Reichsbeamten einheitlich auf 1000 Mark jährlich festzusetzen. Ferner soll mit den Großorganisationsämtern eine Neuregelung der Teuerungszuschläge in Verbindung getreten werden. Die Deutschnationalen beantragen, den Beamten einen allgemeinen 60 %igen Teuerungszuschlag zu bewilligen. Die Regierungsparteien beantragen, daß das am 1. Januar 1921 fällig werdende Gehalt den Beamten noch vor Weihnachten ausbezahlt werden soll.

### Die Amdersvorschläge.

Abg. Streinlopf (Soz.) bemerkte unter anderem, die Not der Beamten ist aufs höchste gestiegen. Die Regierungsvorlage hat viel zu lange auf sich warten lassen. Die Verhandlungsbereitschaft ist ja längst überholt. Aber auch diese Vorlage ist noch ganz ungenügend. Der Redner begründete dann die Anträge seiner Partei und sagte hierzu: Der Reichsfinanzminister sagt, er habe keine Deckung für diese Ausgaben. Das kann unsere Stellungnahme nicht beeinflussen, solange es noch Beamte gibt, die hungern müssen. Ist es dem Herrn Finanzminister bekannt, daß in allen höheren Behörden die Organisationsunfähigkeit überhand genommen hat? Im Volksministerium gibt es jetzt z. B. 91 Referenten statt 16. Das Finanzministerium hat Hunderte von Beamten aus Versehen befreit. (Hier entstand große Heiterkeit.)

Abg. Albrecht (Dentz.) erklärte: Auch wir hätten gewünscht, daß die Vorlage schneller an das Haus gelangt wäre. Bei den Amdersreichen Familien ist die Not am größten. Seit dem 1. April wird der Beamtenstand ein großer Beitrag vorenthalten, der ihr aus der neuen Ortsklasseneinteilung zufließt. Die Unterstützungsfonds müssen aufgefüllt werden entsprechend dem Salustand.

Abg. Herzog (Deutschnat.). Er trat für die Anträge seiner Partei ein, wobei er erklärte: Wir meinen, daß die allgemeine Not eine allgemeine Fürsorge notwendig macht, nicht nur eine solche für die Verheirateten. Es ist doch eine Haupt- und Staatsaktion, die wir hier vorhaben. Handelt es sich doch um 800 Millionen Mark. Wenn wir von den Beamten den Bericht auf das Streifenverlangen, dann müssen wir dafür sorgen, daß sie aber auch zu ihrem Rechte kommen. (Beifall.) Wir haben vor schweren Zeiten. Nur der Redner fort. Durch die Not dieses Winters wird die Regierungsmaschine schwer gefährdet. Dann muß sich der Staat auf seine Beamten verlassen können.

Es ist richtig, wenn die Zeitungen das Gerücht verbreiten, daß wenn unser oder der sozialdemokratische Antrag hier angenommen werden sollte, eine Reichskrisis in der Form ausbrechen würde, daß die Vorlage im Reichstag wochenlang verzögert würde, und die Beamten nicht rechtzeitig in den Besitz ihrer Teuerungszuschläge gelangen würden? Es ist außerdem auch die Gefahr einer Kabinettskrise in Aussicht? Die Regierung muß darüber Auskunft geben, zumal sie doch nicht sitzen soll im Sattel

und, sondern meine Streife im Wandel der Zeit entgegenbringen. Will man etwa eine Erschütterung der ganzen politischen Verhältnisse herbeiführen? Diese Fragen, um die es sich hier handelt, sind doch wirklich nicht so elementar, daß man darum eine solche Gefahr heraufbeschwören sollte. Bei einer solchen hochpolitischen Frage hätte die Regierung den Weg der Verständigung unter den Parteien gehen sollen und zwar nicht nur unter den Regierungsparteien, sondern darüber hinaus mit allen Parteien. Bezeichnen Sie deshalb jetzt noch diesen Weg.

### Ein Vermittlungsantrag.

Inzwischen ist folgender Antrag des Senats und der Demokraten eingegangen:

Die Regierung wird ersucht, im Wege der Verordnung das Reichsministerium der Finanzen zu ermächtigen, den Unterschiedsbetrag, der sich aus der Gegenüberstellung des bestehenden Ortsklassenverzeichnis mit dem vorliegenden Entwurf eines neuen Ortsklassenverzeichnis ergibt, sofort zur Auszahlung zu bringen. Ferner dem Unterstützungsfonds ausreichende Mittel zur Umlagerung besonderer Fälle der Beamten zur Verfügung zu stellen.

### Reichsfinanzminister Dr. Wirth

wies den Vorwurf, daß die Regierung bei der Entscheidung dieser Vorlage gescheitert hätte, zurück. Weiter führte er die Reichsminister gegen die Anträge der Deutschnationalen und gegen die Anträge der Unpartei. Er wies darauf hin, daß die Beamten, wenn die Vorschläge des Ausschusses, mit denen die Regierung sich ausdrücklich einverstanden erklärt hätte, angenommen würden, noch vor Weihnachten in den Besitz der Zulagen kommen, wenn dagegen die weitergehenden Anträge angenommen würden, so wäre nicht abzusehen, wann die Zulagen im Reichstage zur Entscheidung kommen würde. Abgesehen davon müßten die Beamten verhältnismäßig lange auf die Zulagen warten. Weiter gab der Finanzminister eine entgegenkommende Erklärung zu dem soeben mitgeteilten Antrag des Senats und der Demokraten ab.

Weiter betonte der Reichsfinanzminister, daß die Regierung diese Krise nicht heraufbeschwören darf, daß ihr nichts leuzer liege, als das. Die kritische Stimmung sei von anderer Seite in die Lage hineingetragen worden. Zum Schluß erklärte der Reichsfinanzminister, daß die Regierung den Beamten schnelle Hilfe leisten wolle. Hier erwiderte von der Mitteltribüne her, die wie die andere Tribünen stark mit Beamten besetzt war, der Ruf: Diese Hilfe ist ungenügend. Vorher, als der Reichsfinanzminister davon sprach, daß das Gehalt mit den Zulagen noch vor Weihnachten ausgezahlt werden sollte, war auf den Tribünen Gelächter laut geworden.

### Protest der Beamtenverbände.

#### Gegen den Streikerlass.

Die Bewegung unter der deutschen Beamenschaft hat noch zugenommen. Steigender Widerstand gegen Entlassung und Disziplinarverfahren bei Arbeitsverweigerung, anklagender Erlaß des Reichspostministers resp. der Reichsregierung macht sich bemerkbar. Der Zentralverband Deutscher Post- und Telegraphenbediensteter, der Deutsche Eisenbahnerverband, der Verband Deutscher Post- und Telegraphenarbeiter und -Handwerker, sowie endlich der Verband des Bayerischen Post- und Telegraphenpersonals haben an den Reichspostminister eine Protestklärung erlassen, in der angefragt wird, ob das Streikerbot an die Oberpostdirektionen tatsächlich erlassen worden sei. Trifft diese Verfügung zu, so fragen die genannten Verbände weiter, weshalb mit ihnen nicht vorher verhandelt worden sei und weshalb sie keine Abschrift von dem Erlaß erhalten hätten. Zum Schluß wird erklärt, daß die genannten Organisationen der Beamten- und Volkswirtschaften gegen ein derartiges Vorgehen einschärfenden Protest erheben und den Erlaß als einen Vorstoß gegen das Koalitionsrecht und die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der Reichspost- und Telegraphenverwaltung betrachten.

Wird den Forderungen der Beamten und Lohnangestellten, so heißt es endlich, nicht Rechnung getragen, dann sehen sich diese gezwungen, von dem ihnen zulebenden Streikrecht auch gegen den Erlaß dieser Verfügung mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln Gebrauch zu machen. Die Verbände sehen einer sofortigen schriftlichen Antwort auf ihren Protest entgegen. Damit wird von den Beamten und Lohnangestellten an den Reichspostminister eine Art Ultimatum gestellt, das allerdings nicht befristet ist.

## Politische Rundschau.

### Deutsches Reich.

† **Unsere Delegierten für Brüssel.** Wie amlich mitgeteilt wird, werden als sachverständige Delegierte der deutschen Regierung bei den Verhandlungen über die Reparationsfrage in Brüssel Staatssekretär Verammann und Karl Friedrich v. Siemens teilnehmen. Die Reichsregierung hat weiter an folgende Persönlichkeiten die Aufforderung ergehen lassen, sich zur Beratung der Delegierten für die Dauer der Konferenz nach Brüssel zu begeben: Generaldirektor Cuno, Generaldirektor Bogler, Reichsbankpräsident Savenstein, Dr. Karl Reichler, Direktor v. Strauß, bayerischer Staatsrat v. Meinel, Gehelmer Oberregierungsrat v. Flotow, Professor Vonn sowie ein Vertreter des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes.

† **Schon wieder eine Ententennote.** Wie es heißt, steht eine neue Note der Entente an Deutschland unmittelbar bevor. Frankreich und England werden von der deutschen Reichsregierung ershörende Rechnungen über die Reparationsforderungen, welche Deutschland seit dem 9. November 1918 sowohl an Kaiser Wilhelm wie auch an andere Mitglieder der Hohenzollernfamilie gezahlt hat. Die Note soll auch genaue Aufklärung bezüglich des Titels verlangen, unter welchem die Gelder zur Auszahlung gelangt sind.

† **Reichsgericht und Rapp-Vuitch.** In der Strafsache gegen den Generallandwirtschaftsdirektor Rapp und Genossen wegen gemeinschaftlichen Hochverrats hat das Reichsgericht beschlossen: Das Verfahren gegen die Angeklagten 1. Gen. Regierungsrat Dr. Dohs aus Berlin, 2. Sächsischen Oberfinanzrat Dr. Bang aus Dresden wird gemäß § 1 und 2 des Gesetzes vom 4. August 1920 eingestellt, und die Beschlagnahme des Vermögens des Angeklagten Dohs wird aufgehoben, da nach den Ergebnissen der Voruntersuchung bei diesen Angeklagten die Voraussetzungen der Strafbarkeit gegeben erscheinen.

† **Der 18. Januar als Nationalfeiertag.** Über die Frage, ob der 18. Januar 1921 als Nationalfeiertag begangen werden soll, finden zurzeit zwischen der Reichsregierung und den Landesregierungen Verhandlungen statt. Es kann angenommen werden, daß die Frage in zunehmendem Maße erledigt werden wird. Jedenfalls wird sich die Reichsregierung für die feierliche Begehung des Tages aussprechen, da seine stichtägigen Gründe vorliegen, den 50. Geburtstag der Reichsgründung soll vorübergehen zu lassen.

† **Vertagung der Sozialisierungsfrage.** Die Verhandlungen der „Verhandlungskommission“ in der Sozialisierungsfrage des Bergbaus in Essen sind vorläufig auf vier Wochen vertagt worden, nachdem eine einheitliche Stellungnahme zu den vorliegenden Anträgen sich nicht ermitteln ließ. Die Anträge scheiterten bald an dem Widerspruch der Arbeitgeber, bald an dem der Arbeitnehmer, oder ihre Durchführbarkeit wurde aus finanziellen oder bürokratischen Gesichtspunkten bezweifelt.

† **Deutsche Werke und Rahn-Vertrag.** Der Aufsichtsrat der Deutschen Werke hielt eine langandauernde Sitzung ab, um über die durch die Kündigung der Generaldirektion und den Rahn-Vertrag geschaffene Lage zu beraten. Der Sitzung wohnte auch der Reichsfinanzminister bei. Die eingehende Aussprache endigte mit der fast einstimmigen Annahme einer Entschädigung, in der anerkannt wird, daß die Direktion im guten Glauben, den Deutschen Werken zu nützen, den Rahn-Vertrag abgeschlossen hat. Der Aufsichtsrat hält den Vertrag nicht für vorteilhaft und seine Aufhebung für erwünscht; im Hinblick auf seine Verbesserung durch die authentische Interpretation und auf die Rechtslage sieht er sich aber zu seiner Aufrechterhaltung veranlaßt. Im übrigen erkennt der Aufsichtsrat an, daß die Direktion bei Führung der Geschäfte ihre Schuldigkeit getan hat.

† **Päpstliche Sondervertretung in Oberschlesien.** Infolge der Bewegung, die unter der polnischen Geistlichkeit im Zusammenhang mit der Kundgebung des Fürstbischöflichen Bertram an die Geistlichkeit entstanden ist, hat sich der Vatikan entschlossen, nach Oberschlesien den Wiener Geschäftsträger des Heiligen Stuhls, Monsignore Ognio, zu entsenden.

Ognio, der zunächst in Rom erwartet wird, wird nach Konjenz mit dem Papst und dem Kardinalstaatssekretär nach Oberschlesien abreisen und bis zum Abschluß der Volksabstimmung dort verbleiben.

† **85 000 Brandbomben über deutsche Städte.** Einer der erfolgreichsten englischen Kriegerfinder, F. Stanton, verteidigt jetzt seine Ansprüche vor der königlichen Kommission für Verteilung von Belohnungen für Erfindungen in London. Stanton macht besonders Anspruch wegen seiner Erfindung des „Dartens-Breits“ und der „Baby-Brand-Bombe“. Der Breit wurde aus Flugzeugen auf Bepflanzungen geschossen, um ihr Inneres in Brand zu setzen. So wurde am 1. 4. 1916 „A. 13“ an der Themsemündung durch einen Dartens-Breit vernichtet. Von den „Babies“ konnte ein Handlen-Panzer-Flugzeug 4000 aufnehmen. Lord Tiverton, der die Ansprüche Stanton verteidigte, berichtete, es seien in sechs Wochen über 85 000 dieser Bomben über deutschen Industriezentren abgeworfen, und es sei dadurch eine beträchtliche Zahl von Bränden verursacht worden.

† **Annexie im Saarstaat.** Staatsrat Rault, Präsident der Regierung des Saargebietes, hat den Entschluß gefaßt, einer großen Anzahl ausgewiesener Personen die Rückkehr in die saarländische Heimat zu gestatten. Dieser Entschluß bezieht sich jedoch nur auf Personen, die im Saargebiet geboren sind.

† **Republik oder Monarchie.** In einer Vertreterversammlung der Demokratischen Partei Münchens wurde der von Frankfurt a. M. ausgehende Antrag, die Demokratische Partei solle sich zur republikanischen Staatsform bekennen, allgemein abgelehnt, weil die Frage „Republik oder Monarchie“ keine Partei, sondern eine Erntestfrage sei.

† **Kloyd George und die Monarchie.** Wie die englischen Blätter berichten, erklärte Lloyd George am dem Guiltball-Essen zu Ehren des Prinzen von Wales, die republikanische Staatsform möge für einige Nationen gut sein, jedoch nicht für das britische Reich. Kein Präsident hätte für das britische Reich stehen können, was der König für das Reich tat, und sein Sohn eines Präsidenten würde die Stellung haben, die ihn in die Lage setzte, das zu vollbringen, was vom britischen Thronerben zu stande gebracht worden sei.

## Der Papst und Cupen-Malmedy.

Kardinal Mercier reist nach Rom. Eine Pariser Zeitung berichtet, Kardinal-Erzbischof Mercier von Mecheln habe Paris verlassen, um sich über Marielle nach Rom zu begeben. Das Wort glaubt, der Zweck der Reise sei, die Fragen zu lösen, die sich durch Anlehnung der Kreise Cupen und Malmedy ergeben hätten. Der Bischof von Bistitz habe schon längst verlangt, diese beiden Bezirke seiner Diözese zu unterstellen. Der Papst habe aber weder mit Ja noch mit Nein geantwortet. Man

habe ihm (dem Bischof) in Rom erklärt, diese Unschlüssigkeit erkläre sich daraus, daß die deutsche Regierung in der Frage von Cupen und Malmedy Einspruch erhoben habe. Man wolle Kardinal Mercier selbst beim Papst versuchen, die Frage zu regeln. Nach dem „Sott“ wird sich Kardinal Mercier 14 Tage in Rom aufhalten.

## Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Drei deutsche Noten an die Entente.

Berlin, 10. Dezember. (tu.) Dem Vorsitzenden der Interalliierten Kontrollkommission, General Kossel, ist gestern eine Note über die Entwaffnung und Auflösung der Selbstschußorganisationen übergeben worden. Die Frage der Selbstschußorganisationen sei eine innere Angelegenheit. Die Selbstschußorganisationen seien eine vorübergehende Einrichtung für Zeiten außerordentlicher Umstände. Es liege im eigenen Interesse des Staates, diese Hilfsmittel so bald als möglich entbehrlich zu machen. Die Entwaffnung der Einwohnerwehren lasse sich die deutsche Regierung mit allen Mitteln angeeignet sein. Nach einigen Ausführungen der Entwaffnungsaktion behandle die Note eingehend die bayerischen besonderen Verhältnisse, wo zur Auflösung der Einwohnerwehren erst geschritten werden kann, wenn die Entwaffnung der staatsfeindlichen Elemente durchgeführt sei. Auch in Österreich muß mit einer Verzögerung der Entwaffnung gerechnet werden.

Berlin, 10. Dezember. (tu.) Wie der Lokal-Anzeiger hört, werden im Anschluß an die gestern überreichte deutsche Einwohnerwehrenote heute zwei weitere Noten an die Entente übergeben werden. Die eine beschäftigt sich mit dem Vorschlag Lloyd Georges hinsichtlich der Zustimmung in Oberschlesien. Die deutsche Regierung lehnt den Vorschlag mit der Begründung ab, daß er den Bestimmungen des Friedensvertrages in keiner Weise entspricht. Eine gleiche Ablehnung wird die deutsche Regierung in Sachen der Rheinlandnote zum Ausdruck bringen, in der gewisse Forderungen in Bezug auf Kundgebung deutscher Regierungsgesandten gestellt waren. Die deutsche Regierung vertritt auch hier den Standpunkt, daß der Anspruch der Entente, die Ministerreden vorher zu melden, in keiner Weise dem Friedensvertrag entspricht.

König Konstantin offiziell um Rückkehr gebeten.

Athen, 10. Dezember. (tu.) Der Minister hat gestern offiziell König Konstantin das Resultat der Volksabstimmung berichtet und ihn erjucht, nach Griechenland zurückzukehren.

Amerika lehnt ab.

Genf, 10. Dezember. (tu.) Die Vereinigten Staaten lehnten es ab, sich gemäß der an sie ergangenen Einladung an der technisch-militärischen Kommission des Völkerbundes zu beteiligen.

## Aus Stadt und Land.

Wilsdruff, am 10. Dezember 1920.

## Buch wieder sächsischer Ministerpräsident. Schwierigkeiten bei der Wahl.

In der Donnerstag-Sitzung des sächsischen Landtages auf deren Tagesordnung als einziger Punkt die Wahl des Ministerpräsidenten steht, wurde zunächst vom Abgeordneten Wirth (Soz.) der bisherige Ministerpräsident Buch als Kandidat zur Wahl vorgeschlagen. Die Deutschnationalen, Demokraten und Deutsche Volkspartei gaben Erklärungen ab, daß sie sich infolge der Teilnahme der Kommunisten an der Regierungsbildung nicht an der Wahl beteiligen würden. Der Abgeordnete Renner (Kommunist) verlas sodann eine lange Erklärung, die darin absetzte, daß seine Partei die Verfassung nicht anerkenne und sie bei der ersten Gelegenheit zu stürzen versuchen werde. Nach dieser kommunistischen Kampfansage, die durch den Präsidenten nicht unterbrochen wurde, wurde die Sitzung auf Antrag Wirths vertagt. — Das kann eine seltsame Regierung werden, deren Mitglieder gefunden sind, sich selbst zu stürzen.

Wahl des Mehrheitssozialisten Buch. Nach Wiederaufnahme der Sitzung gab Ministerpräsident Buch eine Erklärung ab, daß die kommunistischen Be-

**Zement freigegeben!**  
Sichern Sie sich sofort eine  
**AMBI-Dachziegel-Maschine**  
für Handbetrieb  
(D. R. P. und Beteiligte)  
Herstellung von Zement-Dachziegeln aus vor-  
handenen Rohstoffen (Kies, Sand usw.) auch un-  
mittelbar a. d. Baustelle im leichtesten Handbetrieb.  
Große Ersparnisse. Beste Kapitalanlage,  
da Bedarf an Dachziegeln unbegrenzt.  
Verlangen Sie Druckschriften D  
**AMBI-Werke Abt. II | 049.**  
Berlin-Johannisthal.

## Gräfin Pia

Roman von H. Courths-Mahler.

Hans von Nied kam vom Burgberg herab. Da oben lag die alte Schloßruine, in der seine Vorfahren vor Jahrhunderten schon gehaust hatten. Sie war verlassen, bot aber noch immer einen malerischen Anblick und galt gewissermaßen für ein Wahrzeichen der ganzen Gegend.

Die Freiherrn Nied von Niedberg waren mit der Geschichte des Landes eng verflochten. Sie hatten sich oft als Staatsmänner oder Soldaten rühmlich hervorgetan. Und ihr Besitzum hatte sich vermehrt durch maßvolles, kluges Wirtschaften und durch reiche Heiraten. Seit zweihundert Jahren stand zu Füßen des Burgberges ein neues Schloß. Es war im edelsten Renaissancestil erbaut und gehörte zu den vornehmsten und geräumlichsten Gebäuden des ganzen Landes, trotzdem es, gerade in der nächsten Umgebung, nicht an räumlichen Schöpfen und Burgen mangelte.

Dies neue Schloß Niedberg lag mitten im schönsten Buchenwald, in geschützter Lage. Es war nicht, wie die alte Schloßruine da oben, allen Stürmen preisgegeben. Nach Norden schob sich der ziemlich steile Burgberg wie ein mächtiger Schutz vor das prächtige Gebäude.

Der große reiche Grundbesitz der Freiherrn war, schon zu Begegnen des Balers von Hans von Nied, in eine Anzahl Pachtgüter eingeteilt worden, und die Wälder wurden von der Försterei verwaltet. Hans von Niefs Vater hatte mit seiner Gattin und seinem Sohne fast ausschließlich in Hofkreisen gelebt und galt als intimer Freund des Landesherren. Da er ein hohes Amt bekleidete, konnte er sich nicht viel um die Bewirtschaftung seiner Güter kümmern und begnügte sich damit, jedes Jahr ein- oder zweimal nach dem Reichem zu fahren.

Zuweilen wurde eine große Jagd abgehalten, an der sich auch hin und wieder der Landesherr beteiligte. Deshalb

wurde Schloß Niedberg immer instand gehalten, und der Hofmeister blieb immer mit einem kleinen Stab von Dienern dort zurück, so daß Schloß Niedberg jederzeit bereit war, Gäste aufzunehmen.

Der Haushofmeister und ein Rotar erledigten auch die Geschäfte für den Freiherrn. Das war auch so geblieben nach dem Tode des alten Herrn. Hans von Niefs Mutter war dem Vater schon im Tode vorausgegangen.

Mit zweiundzwanzig Jahren war Hans von Nied unumschränkter Besitzer eines fürstlichen Vermögens und großer fruchtbarer Ländereien. Außer einer Cousine seiner Mutter, der Gräfin Eckhoff, und ihrer Tochter besaß er keine Verwandten.

Für das Hofleben hatte Hans von Nied nicht gelaugt. Er war ein eigenartiger Charakter mit ausgeprägtem Selbstständigkeitsgefühl. Er hatte sich weder zum Staatsmann, noch zum Soldaten befähigt gefühlt und liebte das freie ungebundene Umherschweifen in der Welt.

Da ihm sein Vermögen gestattete, ging nach seinen Wünschen zu leben, und er auf niemand Rücksicht zu nehmen brauchte, ging er bald nach seines Vaters Tode auf Reisen. Zunächst unternahm er damals eine Reise um die Welt, die ihn jahrelang fernhielt. Des Reiselebens jagte ihm sehr zu. Er setzte es fort und bereiste aller Herren Länder, wodurch er sein Wissen und seine Kenntnisse bereicherte. Wo es ihm gefiel, hielt er sich länger auf. Zuweilen ließ er sich auch von seinem Landesfürsten zu einer kleinen diplomatischen Mission verwenden, aber ohne sich irgendwie zu binden, mehr aus persönlicher Gefälligkeit gegen den fürstlichen Freund seines Vaters. Er sah, hörte und genoß alles, was ihm geboten wurde und was ihm zugänglich war, aber seine Veranlagung bewahrte ihn vor Oberflächlichkeit und Übermäßigem Genuß.

Bei diesem Leben kam er oft mit geistig bedeutenden Menschen zusammen, die sein Denken und Handeln im guten Sinne beeinflussten, und so entwickelte sich Hans von Nied

zu einer gereisten und geistig nicht unbedeutenden Persönlichkeit.

Zehn Jahre hatte er so die Welt durchstreift, ohne wieder nach Schloß Niedberg gekommen zu sein. Nur seine draußen in der Welt erworbenen Sammlungen schickte er nach Hause, und diese waren nach seiner Weisung von seinem Haushofmeister in einem Saal aufgestellt worden.

In seine heimatische Residenz war er zuweilen auf einige Zeit zurückgekehrt, aber lange hielt er es dort nicht aus. Es war ihm lästig, daß er von allen Seiten mit mehr oder minder großer Deutlichkeit daran gemahnt wurde, daß er im heiratsfähigen Alter war. Die Mütter heiratsfähiger Töchter bemühten sich um ihn, und er wußte wohl, daß man in ihm nur die glänzende Partie sah.

Auch in den vornehmen internationalen Baderorten, die er besuchte, wurde eifrig Jagd auf ihn gemacht, zu seinem großen Leidwesen. Man bezweckte damit nur, daß er sich außerordentlich zurückhielt von den Frauen. Er hatte vorläufig nicht die Absicht, sich zu verheiraten, und süßte sein ungebundenes Leben weiter. Sehr hochachtungsvoll dachte er nicht von den Frauen, die ihn umdrängten.

Um so mehr war man erstaunt, als er sich plötzlich nach Schloß Niedberg zurückzog. Seit zehn Jahren war er nicht in das Schloß seiner Väter gekommen. Aber nun erwachte es, wie ein Dornroschen-schlaf aus seinem Märchenschlaf, und hatte sich zum Empfang seines jungen Herrn gerüstet.

Seit acht Tagen war Hans Nied daheim. Ganz allein war er, nur von seinem Kammerdiener begleitet, angekommen. Und heute war er hinaufgestiegen zu der malerischen Ruine, die er vom Fenster seines Arbeitszimmers aus liegen sah. Er hatte nachsehen wollen, ob nicht etwas gegen völligen Verfall gelan werden konnte, denn die Ruine war ein landschaftlicher Schmutz für die ganze Umgebung. Niemand wußte, weshalb Hans von Nied jetzt plötzlich heimgekehrt war. Den Winter hatte er noch in St. Moritz verbracht, und in den ersten Frühlingstagen war er in Venedig gewesen. (Fortsetzung folgt.)



# Die Wilsdruffer Geschäfte

sind Sonntag den 12. und Sonntag den 19. Dezember von 11 bis 6 Uhr, an den letzten 10 Wochentagen vor Weihnachten nach Bedarf bis 9 Uhr abends geöffnet.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer guten Mutter ist es uns ein Herzensbedürfnis, allen Verwandten, Nachbarn und Bekannten

## unseren herzlichsten Dank

auszusprechen.

Besonderen Dank der Familie Alfred Bleich und unserer Tante Zschokke für stets hilfreiches Entgegenkommen sowie den letzten Liebesdienst an unserer teuren Entschlafenen. Dies alles hat unseren Herzen wohlgetan.

Wilsdruff, am 9. Dezember 1920.

Ditto Ritter, Drechslermeister, Genthin,  
Clara Winkelmann, geb. Ritter, Mühlberg,  
Anna Schneider, geb. Ritter, Tharandt.

1092

Zurückgekehrt vom Grabe meines lieben unvergesslichen Vaters, unseres trauernden Vaters

## Johann Ritter

danken wir allen, welche uns durch Wort, Schrift und Blumenstrauß ihre Teilnahme bewiesen haben. Vor allem danken wir Herrn Baupflegewerkbesitzer Wedhardt für seine wohlwollende Unterstützung und Teilnahme, ebenso den Angestellten und Arbeitern des Werkes. Dank auch dem Militärverein zu Grumbach für das freiwillige Tragen zur letzten Ruhestätte und den Frauen des Militärvereins für ihre hochherzige Spende.

Dir aber, lieber Vater, rufen wir ein „Ruhe sanft“ und „Gute Nacht“ in die Ewigkeit nach.

Grumbach, am Begräbnistag.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Ihrer Vater, Du kommst nicht mehr,  
Dein Platz an unserm Tisch ist leer.

1093

## Gasthof Klipphausen.

Sonntag den 12. Dezember

### 1. Stiftungsfest

des Landesverbandes der Landarbeiter Ortsgruppe Klipphausen.

Anfang 4 Uhr.

Hierzu ladet freundlichst ein

Der Vorstand.

## Gasthof Grumbach.

Sonabend den 11. Dezember

### Jugend-Kränzchen.

Anfang 6 Uhr.

1092

Jugend-Verein „Frohe Zukunft“.

## Unsere Leser

bitten wir hiermit, ihre Einkäufe aller Art nach Möglichkeit am Orte und bei den Geschäften zu tätigen, die ihre Waren in unserer Zeitung empfehlen.

## Zigarren

in Präsentkistchen zu 10, 25, 50 und 100 Stück, nur erstklassige Fabrikate, findet man in größter Auswahl bei

1094

### Alfred Pietzsch.

#### Raninchenzüchter-Verein.

Sonabend d. 11. Dezember abends 8 Uhr

#### Bersammlung

bei Hegerdort. Ausgabe der Anmeldebogen.

#### Ev. nat. Arbeiterverein.

Auszahlung der Weihnachtspargelder Sonntag d. 12. Dezember in der „Tonhalle“ von 7 Uhr an.

#### Frauenverein Kesselsdorf.

Sonntag, 12. Dez. abends 7 Uhr im Gasthof zur Krone öffentliche

#### Weihnachtsfeier.

Aufführungen, Gesänge, Verlosung. Eintritt 1 Mk.

#### Christbäume

Tannen und Fichten empfiehlt äußerst billig

#### Breuer, Rosenstraße.

#### Prima frisches Masthammelfleisch

empfiehlt Albert Herrmann, Fleischereimstr., Bahnhofstraße.

Als pass. Weihnachtsgeschenk empfehle:

#### Original Beck-Einkochapparate u. Gläser

zu Originalpreisen

#### Dringmaschinen

mit prima Gummilwalzen unter Garantie zu sehr billigen Preisen

#### Fa. Paul Schmidt,

Dresdner Straße 94, Ecke Rosenstraße, Fernsprecher 484.

#### Saatkartoffeln zur Frühjahrslieferung:

Kaiserkrone, frühe Fürstenkrone Industrie, gelbfleischig Ap do date Barnassa Deodara Gassia

#### Wohlmann 34 nur Sandware

empf. u. erbitte Bestellungen Ernst Winkler, Lampersdorf, Fernsprecher: Wilsdruff 558.

#### PATENT

Musterschutz Warenzeichen durch das Patentbüro Hinzger, Dresden, Schloßstr. 21/Altmärkt. Seit 1901 bekannt u. empfohlen. Bei Ankauf persönlich od. schriftlich

VERWERTUNG

## Gasthof Blankenstein.

Sonntag den 12. Dezember

### Feiner Ball.

Hierzu laden ergebenst ein Max Richter und Frau.

## Kaufe

### Rebentisch-Schuhwerk

und Du wirst immer zufrieden sein!

Damenstiefel Mt. 150, 180, 200, 220, 230, 250

Herrenstiefel . 180, 200, 250, 275

Burschenstiefel . 165, 180

Ballschuhe . 80, 135, 165, 200

Sitzschuhe für Damen u. Herren Mt. 39

Pantoffeln Mt. 25, 29.

Mein Schlagher

Herrenkameelhaarschuhe Mt. 35, 40.

A. Rebentisch, Postkoppel, Dresdner Str. 145.

## KW Hilfsmotor

an jedem Fahrrad anzubringen

Preis 3500 M

Prospekt gratis! Vorführung jederzeit!



### Zschopauer Motorenwerke

Generalvertretung für Wilsdruff und Umgegend:

### Artur Fuchs, Wilsdruff,

Fernruf 499. Fernruf 499.

Reparaturen aller Motorfahrzeuge, Fahrräder und Nähmaschinen.

### Kesselsdorf. Lebensmittelverteilung.

Sonabend den 11. Dezember Verteilung der Kommunalverbandslebensmittel.

Kesselsdorf, am 10. Dezember 1920.

Der Gemeindevorstand.

Für den Weihnachtstisch empfehle ich in guten Qualitäten, reichhaltigster Auswahl u. vorteilhaften Preisen:

Damenmäntel	Kleiderstoffe	Bettbezüge	Hemdenbarchente	Hemden	Kostümröcke	Pfands	Strümpfe	Wachstuche
Kindermäntel	Biusenstoffe	Hemdenstoffe	Jackenbarchente	Unterröcke	Biusen	woll. Schals	Handschuhe	Tischdecken
Strickjacken	Seidenstoffe	Handtücher	Schürzenstoffe	Untertailen	Unterröcke	Ballschals	Gamaschen	Handarbeiten
Fluschjacken	Ballstoffe	Wischtücher	Sommerstoffe	Nachtjacken	Korsetten	Ballbeutel	Bolerojacken	Schürzen
Anzüge	Kragen	Kravatten	Regenschirme	Normalhemden	Schwitzer	Fächer		
Joppen	Vorhemden	Hosenträger	Spazierstöcke	Unterhosen	Sportschals	Haarschmuck		
Hosen	Manschetten	Taschentücher	Oberhemden	Strickjacken	Mützen	Schlafdecken		
Anzugstoffe	Dauerwäsche	Kragenschoner	Handschuhe	Socken	Hauben	Betttücher usw.		

Markt — Meißner Straße

## Eduard Wehner, Wilsdruff

Markt — Meißner Straße

Beachten Sie meine Schaufenster!

Geschäftszeit vom 15. Dezember ab bis 8 Uhr abends, die letzten Tage vor dem Feste bis 9 Uhr, Sonntag den 12. und 19. Dezember von 11—6 Uhr.